

Wir sollten das Ganze in aller Ruhe diskutieren. Im Moment ist eine Expertenkommission an der Arbeit, die ein neues Migrationskonzept kreiert. Zudem stecken wir mitten in bilateralen Verhandlungen mit der EU, wo die Frage der Personenfreizügigkeit geregelt werden muss. Da wird das Saisonnierstattut ohnehin keine Zukunft haben. Der zur Diskussion stehende Antrag hat aber für mich den Ruch, dass Dinge gegeneinander ausgespielt werden sollen, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Ich bitte Sie, dem Antrag Ledergerber nicht zuzustimmen. Es geht um eine relativ grundsätzliche Frage, die man uns nicht einfach so auf den Tisch legen kann. Es wäre verfehlt, in einem Schnellverfahren einen Entscheid zu fällen, den wir nachher bereuen könnten.

Koller Arnold, Bundespräsident: Der Antrag Ledergerber hat an sich sicher einen guten Kern. Das will ich ohne weiteres zugestehen. Der Bundesrat hat denn auch in den letzten Jahren die Saisonnierkontingente ständig verringert. Im Jahre 1991 waren es noch über 160 000 Einheiten, jetzt sind es weniger als 100 000 Einheiten, die zudem nicht einmal voll genutzt werden.

Auf der anderen Seite aber kommt dieser Antrag europapolitisch im falschen Moment. Nachdem wir ja keine Personen aus Jugoslawien mehr rekrutieren – ich darf Sie immerhin daran erinnern, wieviel Hartnäckigkeit es für den Bundesrat gebraucht hat, keine Leute aus Jugoslawien mehr zu rekrutieren; wir wurden mit Begehren förmlich bombardiert, aber der Bundesrat hat sie alle abgelehnt –, würde sich diese Massnahme, wie richtig gesagt worden ist, jetzt nur noch auf die EU auswirken. Das wäre im Rahmen der bilateralen Verhandlungen zurzeit sicher das falsche Signal.

Im übrigen darf ich Sie auch daran erinnern, dass ja der Vorrang der Inländer gegenüber allen Saisonniers gilt. Alle Arbeitgeber müssen zuerst Inländer anstellen, wenn Inländer vorhanden sind, bevor sie Saisonniers anstellen dürfen. Das ergibt sich aufgrund der Artikel 7 und 9 der sogenannten Begrenzungsverordnung.

Der entscheidende Grund ist aber schliesslich der, dass der Antrag Ledergerber zu rigide ist. Gewisse Branchen brauchen, wenn auch nur noch in ganz kleiner Zahl, die Möglichkeit der Neurekrutierung von gewissen Saisonniers. Insofern ist der gutgemeinte und an sich im Kern richtige Antrag insgesamt zu rigide.

Deshalb möchte ich Sie bitten, den Antrag Ledergerber abzulehnen.

Namentliche Abstimmung

Vote nominatif

(Ref. 0858)

Für den Antrag der Kommission stimmen:

Votent pour la proposition de la commission:

Bangerter, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumberger, Béguelin, Bezzola, Binder, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühlmann, Bühner, Carobbio, Cavadini Adriano, Cavalli, Christen, Columberg, Comby, de Dardel, Deiss, Dettling, Ducrot, Dünki, Durrer, Eberhard, Ehrler, Engelberger, Engler, Epiney, Fankhauser, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, Filliez, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Frey Claude, Fritschi, Gadiant, Goll, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Grossenbacher, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Hämmerle, Hasler Ernst, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Hollenstein, Hubacher, Jaquet, Kofmel, Kühne, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leu, Leuba, Löttscher, Maître, Maurer, Maury Pasquier, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Nebiker, Oehrl, Pidoux, Pini, Raggenbass, Ratti, Rechsteiner Paul, Roth, Ruckstuhl, Ruffy, Sandoz Marcel, Schenk, Scherrer Jürg, Scheurer, Schluer, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Simon, Speck, Steffen, Steinegger, Steinemann, Steiner, Straumann, Stucky, Teuscher, Thanei, Theiler, Tschopp, Tschuppert, Vetterli, Vogel, Vollmer, von Felten, Waber, Weigelt, Weyeneth, Widmer, Widrig, Wittenwiler, Wyss, Zapfl (114)

Für den Antrag Ledergerber stimmen:

Votent pour la proposition Ledergerber:

Aguet, Baumann Stephanie, Berberat, Bircher, Chiffelle, Dormann, Egerszegi, Fässler, Gross Jost, Günter, Jans, Jutzet, Ledergerber, Leemann, Leuenberger, Meier Hans, Ostermann, Pelli, Randegger, Rechsteiner Rudolf, Semadeni, Strahm, Thür, Weber Agnes, Zwygart (25)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Aeppli, Bäuml, Burgener, Caccia, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Herczog, Hubmann, Marti Werner, Stamm Luzi, Stump (12)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Alder, Aregger, Banga, Blaser, Blocher, Borel, Couchepin, David, Diener, Dreher, Dupraz, Eggly, Eymann, Fasel, Föhn, Freund, Frey Walter, Friderici, Giezendanner, Gonseth, Grobet, Guisan, Hochreutener, Imhof, Jeanprêtre, Keller, Loeb, Loretan Otto, Maspoli, Meier Samuel, Meyer Theo, Müller-Hemmi, Nabholz, Philipona, Rennwald, Ruf, Rycken, Sandoz Suzette, Schmid Odilo, Spielmann, Suter, Tschäppät, Vallender, Vermot, von Allmen, Wiederkehr, Zbinden, Ziegler (48)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:

Stamm Judith (1)

Art. 25a

Antrag der Kommission

Mehrheit

Abs. 1

.... für die soziale Integration von Ausländern

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Fischer-Hägglingen, Fehr Hans, Fritschi, Leuba, Nebiker, Schmid Samuel, Stamm Luzi, Steinemann)
Streichen

Art. 25a

Proposition de la commission

Majorité

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Fischer-Hägglingen, Fehr Hans, Fritschi, Leuba, Nebiker, Schmid Samuel, Stamm Luzi, Steinemann)
Biffer

Fischer-Hägglingen Theo (V, AG), Sprecher der Minderheit: Wir beantragen Ihnen, diesen Artikel zu streichen. Dabei geht es uns vor allem um finanzpolitische Überlegungen und um die Frage der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen.

Ich glaube: Es ist unbestritten, dass die Integrationsbestrebungen vor allem bezüglich der zweiten Generation der Ausländer in den Gemeinden und Kantonen zu fördern sind. Es stellt sich aber die Frage, wer solche Integrationsprojekte zu fördern, insbesondere aufzustellen und am Schluss auch zu bezahlen hat. Die Frage lautet also nicht: Integration, ja oder nein? Die Frage lautet: Zahlt es der Bund oder zahlen es die Kantone? Heute sind die Kantone zuständig. Mit der Verankerung dieses Artikels würden wir eine neue Bundesaufgabe schaffen.

Wir sind gegenwärtig daran, die Aufgaben von Bund und Kantonen zu entflechten. Es sind verschiedene Vorlagen in der Pipeline; die einen sind in der Vernehmlassung, die anderen bereits in der Ausarbeitung. Diese Entflechtung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen ist eine sehr wichtige Aufgabe. Sie wird längerfristig auch finanzielle Auswir-

kungen sowohl auf den Haushalt des Bundes als auch auf den Haushalt der Kantone haben.

Jetzt sind wir daran, wieder eine neue Verflechtung zu schaffen. Bis jetzt waren die Kantone und die Gemeinden für die Integration der Ausländer zuständig. Nun stellt sich die Frage: Hat sich diese Aufgabenteilung bewährt oder nicht? Was passiert in Zukunft, wenn wir diese Kompetenz teilweise auf den Bund übertragen? Es werden neue Verflechtungen entstehen, es wird ein neuer Geldstrom zwischen Bund und Kantonen institutionalisiert werden.

Ich möchte Sie bitten, diese Verflechtung nicht vorzunehmen. Das bedeutet nämlich unter anderem – wenn wir diesen Artikel richtig lesen –, dass die Kantone Projekte erarbeiten und diese dann dem Bund unterbreiten. Dies muss ja so sein, denn die Bundesmittel fließen nur, wenn auch die Kantons- und Gemeindemittel fließen. Damit haben wir wieder die klassische Form der Geld-hin-und-her-Schieberei mit sehr viel administrativem Aufwand.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass sich die Bundesfinanzen in einem sehr schlechten Zustand befinden, in einem bedeutend schlechteren als die Kantonsfinanzen. Wir haben gestern gehört, dass der Bundesrat immer noch an seinem Ziel festhält, bis zum Jahr 2001 die Finanzen ins Gleichgewicht zu bringen. Er hat ein Sparprogramm angekündigt. Zum gleichen Zeitpunkt, wo sich der Bund vornimmt zu sparen, wollen wir dem Bund mit diesem Gesetz eine neue Ausgabe überbinden. Es wird ein neuer Subventionsstrom vom Bund in die Kantone fließen. Darum möchte ich Sie bitten, hier dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Es geht uns also in erster Linie um finanzpolitische Überlegungen und um staatspolitische Überlegungen zur Entflechtung von Aufgaben. Beim Antrag der Minderheit geht es nicht darum, die Integration zu unterbinden, die vor allem für die zweite Generation der Ausländer notwendig ist. Aus diesen Überlegungen bitte ich Sie, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Hubmann Vreni (S, ZH): Herr Fischer, ich möchte Ihnen die Frage stellen, wie Sie sich die Integration der zweiten Generation von Ausländerinnen und Ausländern vorstellen. Nach meiner Erfahrung sind diese jungen Menschen oft besser integriert als wir Schweizerinnen und Schweizer. Der einzige Unterschied zwischen ihnen und uns ist, dass diese jungen Menschen keinen roten Pass haben.

Fischer-Hägglingen Theo (V, AG), Sprecher der Minderheit: Es geht vor allem darum, dass die Ausländer in den Gemeinden und Kantonen in die Gemeinschaft aufgenommen werden, und das ist keine Aufgabe des Bundes. Ich habe mich seinerzeit für eine erleichterte Einbürgerung eingesetzt, aber das Volk hat anders entschieden. Hier kann man mir keinen Vorwurf machen.

Caccia Fulvio (C, TI): Je pense qu'il vaut tout à fait la peine de répéter encore une fois ici devant vous combien l'intégration des étrangers, il faut le souligner, a été mal comprise. Il ne s'agit pas avant tout d'une action humanitaire, il s'agit avant tout d'une action politique pour un meilleur fonctionnement de la société civile, ce que l'on appellerait en allemand une mesure de «Gesellschaftspolitik».

Il faut rappeler qu'il y a une trentaine d'années, l'immigration dominante en Suisse provenait d'Italie, et les problèmes qu'elle soulevait alors nous font sourire aujourd'hui; mais elle a tout de même été à l'origine des initiatives populaires sur lesquelles la Suisse a été appelée à voter plusieurs fois à la fin des années soixante et au début des années soixante-dix. Cette immigration avait une chance unique, celle d'avoir des structures qui l'aidaient à s'insérer dans notre pays. Il y avait en plus derrière elles un Etat, l'Etat italien, qui soutenait abondamment les efforts de ces structures. Après l'immigration italienne est venu le tour de l'immigration espagnole, de la portugaise, de celle de l'ex-Yougoslavie, de celle de la Turquie, des immigrations qui n'ont pas joui des mêmes structures d'aide à l'intégration, ni du soutien de l'Etat d'origine pour ce travail d'intégration. La situation provoquée par ces immi-

grations est toujours plus difficile, parce qu'il est évident que sans ces structures concourant à l'insertion et sans l'aide de l'Etat d'origine, il est plus difficile de pratiquer un travail d'intégration.

Il faut rappeler en outre que la situation devient plus difficile aussi à cause de l'évolution intérieure. Les Suisses, ou plutôt les gens qui sont ici depuis très longtemps, même s'ils n'ont pas le passeport suisse, ces gens ressentent aujourd'hui les difficultés de la situation économique ainsi qu'une certaine peur d'un futur incertain. Ces peurs, ces difficultés ne sont pas des éléments qui aident à s'ouvrir aux autres.

Mais il faut dire aussi, à propos des étrangers, que les pays d'origine d'une partie de ces étrangers sont en train d'avoir une évolution qui ne facilite pas du tout l'intégration: dans certains pays, il y a une évolution des systèmes politiques vers des systèmes nationalistes, ce qui n'est pas nécessairement une bonne préparation pour s'ouvrir à l'intégration des ressortissants de ces pays; dans d'autres, il y a une évolution évidente vers un monolithisme d'ordre politico-religieux, ce qui n'est pas non plus une bonne condition pour s'intégrer dans notre pays.

Dans cette situation, les cantons et les communes ont la compétence, Monsieur Fischer-Hägglingen. Mais à voir comment ils ont exercé cette compétence pendant ces 25 dernières années, on ne peut pas dire que chacun ait fait le travail qu'on attendait de lui. En tant que président de la Commission fédérale des étrangers – ce n'est pas un lobby –, je constate que, dans certains cantons, il y a des services des étrangers, il y a des communautés de travail pour les étrangers qui sont au bord de la faillite. Il n'y a plus que le volontariat qui fonctionne. Les moyens sont en train de disparaître. Les recommandations qui sont contenues dans le manuel «Les étrangers dans la commune», qui a été préparé par la commission dont je suis le président, bien avant que je n'en devienne président, ont été assez rarement appliquées.

Enfin, si on considère les réponses à la consultation menée par le Conseil fédéral sur la proposition de modification de loi que nous sommes en train de discuter, ainsi que les réponses à la consultation que ma commission a faites à propos du concept pour l'intégration des étrangers, il y a aussi des cantons qui n'ont guère l'intention de modifier leur attitude par rapport à cette tâche essentielle.

Or, le bon fonctionnement de la société civile est une préoccupation majeure qui doit dépasser les frontières communales et cantonales. Le temps est venu pour la Confédération de s'engager, bien sûr à titre subsidiaire, à côté des cantons et des communes, pour nous permettre d'aborder tous ensemble ces problèmes et ces actions. Il ne s'agit pas de beaucoup d'argent, il s'agit en fait de réunir les forces et les esprits pour oeuvrer dans la même direction, vers un travail d'intégration qui est essentiel, je le répète, pour le bon fonctionnement de la société civile, et qui, par conséquent, est en même temps bon aussi pour les Suisses et pour ceux qui sont ici depuis longtemps, comme pour ceux qui sont arrivés ces derniers temps.

Je vous invite à soutenir cette modeste modification de la loi sur le séjour et l'établissement des étrangers, mais qui a une valeur symbolique essentielle dans le panorama suisse actuel.

Bühlmann Cécile (G, LU): Es ist wahrscheinlich symptomatisch, wie dieses Parlament jetzt genau mit dieser Frage umgeht. Sie ist um 13.10 Uhr traktandiert. Ich weiss: Sie und ich, alle, haben Hunger und wahrscheinlich bald wieder Fraktionssitzungen. Wir behandeln hier ein Thema, das in der Ausländerpolitik bisher eine absolut marginale Rolle gespielt hat und das eigentlich ein ganz zentrales Thema ist. Ich verzichte jetzt auf mein Votum, in dem ich darlegen wollte, was die Grünen unter Integration verstehen, aber ich möchte doch noch etwas zum Antrag der Minderheit Fischer-Hägglingen sagen.

Es ist natürlich viel einfacher, in der Ausländerpolitik, im Asylgesetz verschärfende Bestimmungen einzuführen und gegen Missbrauch zu wettern, als über das zu sprechen, was eben viel unspektakulärer ist, nämlich das alltägliche Zusam-

menleben mit den Eingewanderten, von denen immerhin ein grosser Anteil, nämlich über 30 Prozent, schon über zehn Jahre in der Schweiz lebt, viele leben sogar zwanzig, dreissig und mehr Jahre hier. Das Zusammenleben mit diesen Menschen ist ein ganz zentrales Thema und gehört in den Aufgabenbereich des Bundes, und aus dieser Verantwortung kann sich der Bund nicht stehlen. Damit macht man aber natürlich keine Schlagzeilen.

Deshalb ist es auch kein Zufall, wer den Minderheitsantrag unterschrieben hat, wer genau diese Integrationsarbeit vom Bund her nicht leisten will.

Wir haben ein Anag aus den dreissiger Jahren, das mit sehr vielen Artikeln die Restriktionen regelt, was die ausländische Zuwanderung und die ausländische Bevölkerung anbelangt; doch im ganzen Anag findet sich bisher keine einzige Aussage über die Integration. Das ist auch eine der beiden Seiten der Medaille der Einwanderungspolitik. Man kann nicht nur über Zulassungsbeschränkungen sprechen; man muss auch darüber sprechen, wie es den Menschen, die zu uns kommen, nachher geht und wie sehr sich eine Gesellschaft dafür verantwortlich fühlt, was mit ihnen passiert. Max Frisch hat es schon gesagt: «Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen.» Deshalb kann sich der Bund hier nicht aus der Verantwortung stehlen. Es ist spät genug, es muss endlich ein Artikel in das Anag eingefügt werden, der sich mit der Integration beschäftigt, einem Stiefkind der ganzen Ausländerpolitik.

Ich möchte nun noch aus dem Bericht der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA) «Umriss zu einem Integrationskonzept» einen Satz zitieren. Dieses Zitat entspricht in weiten Teilen den Vorstellungen von Integration von uns Grünen: «Die Teilnahme der ausländischen Bevölkerung am Gesellschaftsleben, Chancengleichheit und rechtliche Gleichstellung in allen Lebensbereichen sowie Mitverantwortung und Mitsprachemöglichkeiten»; das sind laut EKA zentrale integrationspolitische Zielvorgaben. Um diese zu erreichen, müssen wir unbedingt den Minderheitsantrag Fischer-Hägglingen ablehnen. Es ist ein winziger Schritt in die richtige Richtung. Vergessen Sie nicht: Es ist ein kleiner Schritt. Wir tun damit noch viel zu wenig.

Vollmer Peter (S, BE): Herr Fischer, Ihre Partei hat schon mehrmals versucht, uns zu erklären, dass sie nicht fremdenfeindlich sei. Sie haben dann immer gesagt, Sie seien nur dagegen, dass neue Ausländer in unser Land kämen, aber selbstverständlich hätten Sie gar nichts gegen die Ausländer, die hier seien. Jetzt haben wir eine kleine Nagelprobe: Jetzt geht es nicht darum, wer hierher kommen kann und mit welchen Verfahren; es geht nicht um die Frage des Verfahrens der Flüchtlingsanerkennung, die wir vorhin diskutiert haben; es geht hier einzig und allein darum, was wir tun und wie wir uns zu jenen Menschen stellen, die bei uns leben.

Jetzt, wo es darum geht, kneifen Sie wieder. Ich glaube, Ihre Versuche, uns Ihre Politik in Sachen Fremdenfeindlichkeit zu erklären, sind mit diesem Antrag, den Sie uns hier unterbreiten, einmal mehr gescheitert.

Die SP-Fraktion steht voll und ganz hinter diesem Integrationsartikel. Wir haben vor einer Woche hier drin eine Debatte über die Berufsbildung geführt. Es wurde von Vertretern aller Lager festgestellt, wie wichtig es sei zu versuchen, junge Menschen und gerade auch die Ausländer der ersten und der zweiten Generation an unser Bildungssystem, an unser Berufsbildungssystem heranzuführen. Mit diesem Integrationsartikel wollen wir eine dieser Voraussetzungen zur besseren Integration dieser Menschen schaffen; wir wollen ihnen eine bessere Möglichkeit geben, auch in der Berufsbildung zu reüssieren. Dieser Artikel hätte schon vor Jahren in eine Gesetzgebung gehört. Endlich, müssen wir sagen, kommt dieser Artikel; endlich schaffen wir eine Rechtsgrundlage; endlich lösen wir das ein, was in verschiedenen Partei- und Wahlprogrammen immer steht: dass wir die Menschen, die seit Jahren und Jahrzehnten hier leben, auch so behandeln, wie wir sie eigentlich nach menschlichen Gesichtspunkten behandeln sollten, indem wir ihnen helfen, sich zu integrieren, indem wir die Voraussetzungen schaffen und die

Mittel bereitstellen. Hier haben wir die Gelegenheit zur Nagelprobe. Wir bitten Sie, den Antrag der Minderheit Fischer-Hägglingen abzulehnen und diesem Integrationsartikel zuzustimmen.

Präsidentin: Die LdU/EVP-Fraktion teilt mit, dass sie der Mehrheit zustimmt.

Fischer-Hägglingen Theo (V, AG), Sprecher der Minderheit: Vermutlich hat der Vorredner, Herr Vollmer, nicht zugehört, als ich den Minderheitsantrag begründet habe. Er unterstellt mir nun aufgrund dieses Antrages, ich sei fremdenfeindlich.

Es geht hier nicht um die Frage – das habe ich ausdrücklich betont –: Integrationsprojekte, ja oder nein? Es geht nur um die Frage, wer diese Projekte zu gestalten und zu bezahlen hat. Ich bin der Auffassung, das sei die ureigenste Aufgabe der Gemeinden und Kantone. Dementsprechend sind die Mittel für diese Integration durch die Gemeinden und Kantone aufzubringen. Es sind also unter dem Titel der Integration keine neuen Bundessubventionen an die Kantone und an die Gemeinden zu begründen. Nur das habe ich gesagt, und so habe ich es auch gemeint.

Fankhauser Angeline (S, BL), Berichterstatterin: Zuerst eine Bemerkung zur Neuformulierung gemäss Mehrheit der Kommission: Sie wurde nicht bestritten. Wir sprechen von «sozialer Integration» und nicht mehr von «Eingliederung». Das ist allgemein anerkannt.

Es geht nun ums Sparen. Der Bund hat aber die Pflicht, für die Kohäsion der Gesellschaft zu sorgen, für die Kohäsion des Landes. Damit diese Kohäsion erfolgreich ist, muss man in Menschlichkeit investieren. Wer in Integration investiert, spart, weil man schlussendlich bei der Repression sparen kann. Das wollte ich beifügen, weil ich glaube, dass die Meinungen gemacht sind und dass wir in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit abstimmen können.

Koller Arnold, Bundespräsident: Der Bundesrat hat in seinem Legislaturprogramm, von dem Sie zustimmend Kenntnis genommen haben, die Integration der Ausländer in der Schweiz – also der Ausländer, die hier ein Bleiberecht haben – zu einem der zentralen Ziele unserer Ausländerpolitik gemacht. Er tat dies wohl wissend, dass es, wenn wir das friedliche Zusammenleben zwischen den Schweizern und den etwa 1,3 Millionen Ausländern in diesem Lande sicherstellen wollen, unbedingt eine bessere Integration all jener Ausländerinnen und Ausländer braucht, die ein Bleiberecht in diesem Land haben.

Der Bundesrat ist daher der Meinung, dass sich der Bund nicht weiter von dieser Aufgabe dispensieren kann. Es geht nicht darum, dass wir uns vom Bund her an die Stelle der Kantone und Gemeinden oder auch der privaten Organisationen setzen. Wir sind uns voll bewusst, dass auch künftig die Gemeinden und Städte bei der Integrationsarbeit die Schlüsselrolle haben werden. Gemeinden und Städte sind besonders nah an den Bürgern und damit auch besonders nah an den Ausländerinnen und Ausländern. Aber auch angesichts der Vielzahl der ausländischen Nationen, aus welchen Menschen in unserem Land wohnen, kommen wir ohne eine Rahmenunterstützung durch den Bund und die Eidgenössische Ausländerkommission (EKA) nicht mehr aus.

Jenen, die vor finanziellen Belastungen Angst haben, sei gesagt: Sie werden alljährlich im Budget bestimmen, wieviel genau der Bund für diese unbestrittene Aufgabe ausgibt.

Ich bin überzeugt, dass es uns billiger kommt, wenn wir für die bessere Integration der Ausländerinnen und Ausländer etwas tun, als wenn wir die Sache treiben lassen. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Jahre 1991/92, als wir auch in unserem Land zunehmend Gewalttätigkeiten unter den Ausländern hatten. Eine vernünftige Integrationspolitik kommt auch finanziell bedeutend billiger.

Deshalb möchte ich Sie bitten, diesem neuen Artikel zuzustimmen und den Minderheitsantrag Fischer-Hägglingen abzulehnen.

Namentliche Abstimmung
Vote nominatif
 (Ref.: 0859)

Für den Antrag der Mehrheit stimmen:
Votent pour la proposition de la majorité:

Aeppli, Aguet, Alder, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bäumlín, Béguelin, Berberat, Bühlmann, Burgener, Caccia, Carobbio, Cavalli, Chiffelle, Christen, Cumberg, Comby, David, de Dardel, Deiss, Dormann, Ducrot, Dünki, Durrer, Eberhard, Engler, Epiney, Fankhauser, Fässler, Goll, Gönseth, Grendelmeier, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Herczog, Hollenstein, Hubacher, Hubmann, Jans, Jaquet, Jutzet, Kühne, Lachat, Langenberger, Ledergerber, Leemann, Leu, Leuenberger, Lötscher, Maître, Marti Werner, Maury Pasquier, Meier Hans, Ostermann, Pelli, Ratti, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Roth, Ruffy, Sandoz Marcel, Semadeni, Simon, Strahm, Straumann, Stump, Teuscher, Thanei, Tschopp, Vogel, Vollmer, von Felten, Weber Agnes, Widmer, Widrig, Zapfl, Zwygart (85)

Für den Antrag der Minderheit stimmen:
Votent pour la proposition de la minorité:

Bangerter, Baumann Alexander, Bezzola, Binder, Bircher, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühler, Cavadini Adriano, Dettling, Dupraz, Egerszegi, Eggly, Ehrler, Engelberger, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Claude, Friderici, Fritschi, Gros Jean-Michel, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Kofmel, Kunz, Leuba, Maurer, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Nebiker, Oehrli, Philipona, Pidoux, Pini, Raggenbass, Randegger, Ruckstuhl, Schenk, Scheurer, Schlüer, Schmid Samuel, Schmied Walter, Speck, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steinemann, Steiner, Stucky, Theiler, Tschuppert, Vetterli, Waber, Weigelt, Weyeneth, Wittenwiler, Wyss (68)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:
 Gadiant, Heberlein (2)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Aregger, Banga, Blaser, Blocher, Borel, Couchepin, Diener, Dreher, Eymann, Fasel, Fehr Hans, Filliez, Frey Walter, Giezendanner, Grobet, Hochreutener, Imhof, Jeanprêtre, Keller, Lauper, Loeb, Loretan Otto, Maspoli, Meier Samuel, Meyer Theo, Müller-Hemmi, Nabholz, Rennwald, Ruf, Rycken, Sandoz Suzette, Scherrer Jürg, Schmid Odilo, Seiler Hanspeter, Spielmann, Suter, Thür, Tschäppät, Vallender, Vermot, von Allmen, Wiederkehr, Zbinden, Ziegler (44)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:
 Stamm Judith (1)

Abs. 1 – Al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Ausgabe 87 Stimmen
 Dagegen 65 Stimmen

Das qualifizierte Mehr ist nicht erreicht
La majorité qualifiée n'est pas acquise

Präsidentin: Damit wird dieser Artikel aus der Vorlage gestrichen.

Art. 25b; Ziff. II, III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 25b; ch. II, III

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, nominatif

(Ref.: 0861)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aeppli, Alder, Bangerter, Baumann Alexander, Baumberger, Bezzola, Binder, Bircher, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühlmann, Bühler, Cavadini Adriano, Christen, Cumberg, Comby, Deiss, Dettling, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Ehrler, Engelberger, Engler, Epiney, Fässler, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Claude, Friderici, Fritschi, Gadiant, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Guisan, Gysin Hans Rudolf, Hafner Ursula, Hasler Ernst, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Hollenstein, Hubacher, Jutzet, Kofmel, Kühne, Kunz, Lachat, Langenberger, Ledergerber, Leu, Leuba, Lötscher, Maître, Maurer, Meier Hans, Mühlemann, Müller Erich, Nebiker, Oehrli, Ostermann, Pelli, Philipona, Pidoux, Raggenbass, Ratti, Rechsteiner Paul, Ruckstuhl, Sandoz Marcel, Schenk, Scheurer, Schlüer, Schmid Samuel, Schmied Walter, Simon, Speck, Stamm Luzi, Steinegger, Steiner, Straumann, Stucky, Teuscher, Thanei, Theiler, Tschopp, Tschuppert, Vetterli, Vogel, Vollmer, Waber, Weigelt, Weyeneth, Widrig, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zwygart (110)

Dagegen stimmen – Rejetten le projet:

Aguet, Chiffelle, David, Semadeni, Steffen (5)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Béguelin, Berberat, Burgener, Caccia, Carobbio, Cavalli, de Dardel, Dormann, Fankhauser, Goll, Gross Andreas, Gross Jost, Günter, Gusset, Gysin Remo, Haering Binder, Hämmerle, Herczog, Hubmann, Jans, Jaquet, Leemann, Leuenberger, Marti Werner, Maury Pasquier, Moser, Pini, Rechsteiner Rudolf, Roth, Ruffy, Steinemann, Strahm, Stump, von Felten, Weber Agnes, Widmer (39)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Aregger, Banga, Blaser, Blocher, Borel, Couchepin, Diener, Dreher, Eymann, Fasel, Filliez, Frey Walter, Giezendanner, Gönseth, Grobet, Hochreutener, Imhof, Jeanprêtre, Keller, Lauper, Loeb, Loretan Otto, Maspoli, Meier Samuel, Meyer Theo, Müller-Hemmi, Nabholz, Randegger, Rennwald, Ruf, Rycken, Sandoz Suzette, Scherrer Jürg, Schmid Odilo, Seiler Hanspeter, Spielmann, Suter, Thür, Tschäppät, Vallender, Vermot, von Allmen, Wiederkehr, Zbinden, Ziegler (45)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:
 Stamm Judith (1)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
 gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires
 selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Asylgesetz und Anag. Änderung

Loi sur l'asile et LSEE. Modification

| | |
|---------------------|--|
| In | Amtliches Bulletin der Bundesversammlung |
| Dans | Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale |
| In | Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale |
| Jahr | 1997 |
| Année | |
| Anno | |
| Band | III |
| Volume | |
| Volume | |
| Session | Sommersession |
| Session | Session d'été |
| Sessione | Sessione estiva |
| Rat | Nationalrat |
| Conseil | Conseil national |
| Consiglio | Consiglio nazionale |
| Sitzung | 11 |
| Séance | |
| Seduta | |
| Geschäftsnummer | 95.088 |
| Numéro d'objet | |
| Numero dell'oggetto | |
| Datum | 17.06.1997 - 08:00 |
| Date | |
| Data | |
| Seite | 1245-1282 |
| Page | |
| Pagina | |
| Ref. No | 20 042 253 |

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.